

**Kommunale Interventionspraxis gegen  
rechtsextremistische Erscheinungen:  
Eine Handreichung für die Praxis**



**Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung (IFK) e.V.  
an der Universität Potsdam**

Erarbeitet im Projekt:  
*„Entwicklung kommunaler Strategien gegen Extremismus“ (EKSE)*

## Vorwort

In dem vom Ministerium des Innern des Landes Brandenburg geförderten Projekt „Entwicklung kommunaler Strategien gegen Extremismus“ (EKSE) wurden vom Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung (IFK) e. V. an der Universität Potsdam verschiedene inhaltliche Schwerpunkte in Bezug auf Rechtsextremismus untersucht. Als Datengrundlage bei diesem umfangreichen Forschungsvorhaben dienten 120 Interviews mit verschiedenen kommunalen Akteuren (z. B. Bürgermeistern, Sozialarbeitern und Polizeibeamten) aus zwölf Projektkommunen in Brandenburg und Interviews mit rechtsextremen Straftätern. Neben der Analyse von Rekrutierungsstrategien rechtsextremistischer Gruppen und typischen Entwicklungsverläufen rechtsextremer Straftäter wurden kommunale Risikofaktoren für extremistische Potenziale sowie Stigmatisierungsprozesse einzelner Kommunen untersucht. Die Ergebnisse eines weiteren Untersuchungsschwerpunktes sind in dieser Handreichung zusammengefasst: die Betrachtung und Bewertung kommunaler Interventionsansätze.

Wie können Kommunen gegen rechtsextremistische Erscheinungen vorgehen? Welche Interventionsstrategien liegen vor? Welche Strategien sind zur Bekämpfung von Rechtsextremismus wirksam und nachhaltig?

Auf diese Fragen finden Sie Antworten in der vorliegenden Broschüre. Aus den umfangreichen Erfahrungen der kommunalen Akteure in Brandenburg, die mit rechtsextremistischen Aktivitäten und Ereignissen in ihrer Kommune konfrontiert waren oder sind, wurden die eingeleiteten Maßnahmen betrachtet und in Bezug auf ihre Wirksamkeit in den Blick genommen. Darauf aufbauend wurden für die Praxis Empfehlungen abgeleitet, die verantwortliche und engagierte Akteure bei ihrem Vorgehen gegen Rechtsextremismus unterstützen sollen, rechtsextremistischen Aktivitäten vorzubeugen bzw. diesen aktiv zu begegnen.

## Inhalt

<b>1</b>	<b>Zur Situation in Brandenburg</b> .....	4
<b>2</b>	<b>Bausteine wirkungsorientierter Interventionen</b> .....	5
2.1	Ausgangsanalyse .....	5
2.2	Präventive Ansätze .....	7
2.3	Reaktive Strategien .....	8
<b>3</b>	<b>Handlungsempfehlungen</b> .....	10
	Literatur .....	12

## 1 Zur Situation in Brandenburg

Pressemitteilungen über ausländerfeindliche Aktivitäten und rechtsextremistische Übergriffe wie Hetzjagden auf Ausländer, Brandanschläge auf Migrantenheime und die Taten der rechtsextremistischen Terrorzelle „NSU“ erschüttern immer wieder die Bevölkerung und prägen das Bild des Rechtsextremismus in Deutschland. Die Ergebnisse des EKSE-Projekts zeigen aber auch, dass es neben diesen in der Öffentlichkeit viel diskutierten Straftaten auch Aktivitäten im öffentlichen wie privaten Raum, so in der Nachbarschaft oder in Vereinen (z. B. rechtsextremistische Schulungen in angemieteten Immobilien, Unterwanderungen von Jugend- und Familieneinrichtungen) gibt, die kaum auf Aufmerksamkeit bei den Bürgern und den regionalen Medien stoßen. Über diese Aktivitäten bildet sich aber das Fundament einer rechten Szene; hier werden rechtsextremistische Einstellungen verbreitet und gefestigt.

Die Ergebnisse aus den Interviews mit kommunalen Akteuren verdeutlichen, dass Kommunen verschiedene Interventionen gegen Rechtsextremismus initiiert haben. Dabei zeigte sich, dass es keine allgemein gültige und erfolgsversprechende „richtige Intervention“ gibt. Die aufgefundenen kommunalen Interventionsansätze „Gegen Rechts“ wurden in drei Typen unterteilt:

<b>A. Re-aktiv handelnde Kommunen</b>	<b>B. Aktiv handelnde Kommunen</b>	<b>C. Pro-aktiv handelnde Kommunen</b>
- benötigen Anstoß von außen	- problemnahes Vorgehen	- frühzeitiges Vorgehen
- extremistische Probleme werden geduldet	- extremistischen Erscheinungen wird auf versch. Ebenen begegnet	- nachhaltige Interventionspolitik
- häufig konservative Werthaltungen	- Kultur mit konservativen und modernen Zügen	- aktive und demokratiefreundliche Kultur
- fehlendes Problembewusstsein	- teilweise vorhandenes Problembewusstsein	- ausgeprägtes Problembewusstsein
- kaum bürgerschaftliches Engagement	- teilweise bürgerschaftliches Engagement	- breites bürgerschaftliches Engagement
- vor allem repressive Strategien	- Strategien mit präventiven und repressiven Zügen	- präventive und aktive Strategien
- kaum Vernetzungsbestrebungen	- ausbaufähige Vernetzungsarbeit	- gute Vernetzungsarbeit

**Tabelle: Kommunale Interventionstypen**

Der **kommunale Typ A** zeichnet sich durch Normalisierungstendenzen von rechtsextremistischen Aktivitäten aus. Hierbei werden die offenkundigen Probleme einerseits verkannt und andererseits kaum wahrgenommen. Bei der Interventionspraxis zeigt sich eine regelrechte „Handlungsohnmacht“, und es werden selten Projekte gestartet.

Die **kommunalen Typen B und C** hingegen haben ein spezifisches Problembewusstsein entwickelt, reagieren auf rechtsextreme Erscheinungen und unternehmen Versuche, dem Rechtsextremismus aktiv zu begegnen.

Bei Typ B zeigt sich, dass eine tiefere Sensibilisierung der Bevölkerung stattgefunden hat; man ist sich vor Ort der Brisanz rechtsextremistischer Erscheinungen und Aktivitäten bewusst. Demzufolge konnten lokale Projektgruppen beobachtet werden, die Strategien entwickelten, um den Aktivitäten der rechten Szene wirkungsvoll zu begegnen.

Der kommunale Typ C ist vor allem dadurch gekennzeichnet, dass weite Teile der Bürgerschaft ein ausgeprägtes Problembewusstsein entwickelt haben, was zur Bildung und Vernetzung engagierter Projektgruppen geführt hat, die mit Erfolg rechtsextremistische Tendenzen eindämmen und zurückdrängen konnten.

## 2 Bausteine wirkungsorientierter Interventionen

### **Hinweis:**

Allgemeine Interventionsansätze wie Aufklärung, Bildung, Integration, aber auch Repression müssen innerhalb konkreter Maßnahmen bzw. Strategien umgesetzt und auf die jeweiligen kommunalen Bedarfe hinsichtlich Abwehr und Eindämmung rechter Erscheinungen abgestimmt werden. Eine Ausgangsanalyse kommunaler Rahmenbedingungen ist unabdingbar, damit die Programme und Initiativen erfolgreich und nachhaltig wirken können.

### **2.1 Ausgangsanalyse**

Zunächst sollte sich jede Kommune mit der Problemlage vor Ort auseinandersetzen und einen Ideen-Katalog erarbeiten, der sich sowohl auf die Gefährdungsschwerpunkte als auch auf vorhandene Ressourcen bezieht. Eine mögliche Schrittfolge hierbei wäre:

#### **(1) Probleme wahrnehmen**

Mitunter wird Rechtsextremismus im Alltag ausgeblendet, beispielsweise auch weil nachbarschaftliche Verhältnisse bestehen, man sich gut kennt. Daher könnten lokale Medien für einen „ersten Weckruf“ sorgen. Auch Pressemitteilungen, Hinweise im Internet (Homepage der Kommune) oder kurze Artikel in kostenfreien Lokalblättern können verstärkte Aufmerksamkeit auf rechtsextremistische Potenziale lenken.

## **(2) Relevante Fragestellungen aufwerfen**

Welche rechtsextremistischen Erscheinungen sind in meinem Umfeld sichtbar?

Welche lokalen Einrichtungen sind davon betroffen?

Auf welche Sympathisanten/Strukturen greifen rechtsextreme Kräfte zurück?

...

## **(3) Problemsicht bündeln und Ideen entwickeln**

Einen geeigneten Rahmen, um die Überlegungen der verschiedenen Akteure zu bündeln, könnte eine *Zukunftswerkstatt* darstellen. Hier könnten engagierte Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit kommunalen Verantwortungsträgern eine Bestandsaufnahme und eine Ideensammlung zum Thema „Rechtsextremismus“ durchführen. Dabei wäre zu beachten:

- möglichst viele Bürger und Akteure zu einer Diskussion anregen (s. unten),
- Ideen, unabhängig von ihrer Durchführbarkeit, sammeln. Das Ziel ist es, eine Diskussion anzuregen, um Visionen, Perspektiven und Lösungsansätze zu entwerfen.

Eine breite Beteiligung der Bürger kann durch folgende Grundregeln positiv beeinflusst werden (Korgel, 2009):

- Öffentlichkeit und Transparenz (alle Bevölkerungsgruppen werden eingebunden),
- Konfliktkultur (Meinungsverschiedenheiten werden zugelassen und bearbeitet),
- Offenheit und Durchlässigkeit (bürgerschaftliche Teilhabe an Projekten),
- Beteiligung und Anerkennung (Stärkung Ehrenamt, Würdigung Engagement),
- Allgemeine moralische Standpunkte (Menschen- und Bürgerrechte als Maßstab) und
- Soziale Gleichheit.

Besonderes Augenmerk gilt Bürgern mit Migrationshintergrund. Sie erweisen sich bei der Betrachtung/Bewertung von Rechtsextremismus als wertvolle Ressourcen und vermögen den Blick auf das Thema zu schärfen.

Im Rahmen der Ausgangsanalyse geht es also darum, die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger für die rechtsextremistische Problematik zu sensibilisieren. Sie stellt damit einen wichtigen Schritt in Richtung der Aktivierung einer „kritischen Masse“ von Bürgern und kommunalen Verantwortungsträgern dar. Der somit von breiter Mitwirkung getragene und erarbeitete

Ideen-Katalog dient als weitere Handlungsgrundlage für die Entwicklung konkreter Prä- bzw. Interventionsansätze.

## **2.2 Präventive Ansätze**

Auf der Grundlage des Ideen-Katalogs (s. oben) können Empfehlungen für konkrete Handlungsstrategien erarbeitet werden. Die im Folgenden dargestellten präventiven Ansätze sollen das Aufkommen extremistischer Erscheinungen verhindern oder aber deren Ausbreitung erschweren (vgl. Akademie für Sozialpädagogik und Sozialarbeit e.V., 2010):

### **Entwicklung eines demokratischen Klimas**

Eine engagierte Bürgerschaft muss demokratische Werte wie Toleranz, Anerkennung von kultureller Vielfalt, Respekt und Gewaltfreiheit vertreten und vermitteln. Eine klare Positionierung gegen Rechtsextremismus führt dazu, dass auch der „passive“ Bürger in einer solchen Grundhaltung bestärkt wird.

### **Sensibilisierung des Gemeinwesens/Problembewusstsein bewirken**

Um ein Problembewusstsein für Rechtsextremismus in der Kommune zu schaffen, sollte jeder Bürger die Möglichkeit haben, sich über rechtsextremistische Aktivitäten in der Gemeinde zu informieren. Hierfür könnten Informationsbroschüren zur Verfügung gestellt und Artikel in der lokalen Presse geschaltet bzw. auf der Homepage der Gemeinde eingestellt werden. Ein derartiges Vorgehen hat nach unserer Analyse unter brandenburgischen Kommunen eindrucksvoll dazu beigetragen, dass sich Bürger zu einem Netzwerk zusammengeschlossen haben und das Ausbreiten von Rechtsextremismus somit bereits in den Grundzügen erschwert wurde.

### **Partizipative und aktivierende Kinder- und Jugendarbeit**

Der Institution Schule, aber auch Kindertagesstätten und vor allem Jugendeinrichtungen kommt in diesem Feld eine wichtige Rolle zu, da es sich bei jungen Menschen um die Hauptzielgruppe der rechtsextremistischen Rekrutierungsbestrebungen handelt. Die Förderung kultureller Vielfalt sowie die Partizipation von Kindern und Jugendlichen bei Initiativen gegen rechte Erscheinungen an Schulen stärkt das Gemeinwesen und bewirkt, dass Kinder und Jugendliche weniger anfällig für die Rekrutierungsversuche der Rechten werden.

### **Rechtes Rekrutierungsverhalten**

Rechtsextremisten versuchen ihre Mitglieder nicht nur über ein direktes Ansprechen zu rekrutieren, es werden zunehmend unterschwellige Strategien genutzt (Internet, Musik, Unterwanderung von Vereinen). Kommunale Akteure und Bürger sollten kompetent über aktuelle Rekrutierungsstrategien und Verhaltensoptionen informiert werden.

### **Lokale Geschichte**

Die rechtsextremistische Szene hat stets ein besonderes Interesse an geschichtsträchtigen Orten innerhalb einer Kommune. Kreative Gegendemonstrationen gegen Trauermärsche, Heldengedenken sowie Krieger- und Kriegsverehrung können ein Mittel sein, den Missbrauch historischer Monumente durch die rechtsextreme Szene zu unterbinden bzw. einzuschränken.

## **2.3 Reaktive Strategien**

Die Ergebnisse des EKSE-Projekts zeigen, dass in Kommunen selten präventiv gehandelt wird. Häufig fanden Interventionen erst nach dem Auftreten von rechtsextremistischen Aktivitäten und Ereignissen statt. Diese reaktiven Strategien sollten möglichst zeitnah erfolgen, um Wirkung zu erzielen. Im Folgenden werden die drei effektivsten reaktiven Strategien dargestellt.

### **Demokratisierung und „Rückgewinnung“ öffentlicher Räume**

Ein demokratisches Gemeinwesen zeichnet sich durch seine couragierte und wache Öffentlichkeit aus. Oftmals kommt es bei rechtsextremistischen Übergriffen zu einer durchaus verständlichen „Angststarre“ bei Bürgern und lokalen Akteuren. Gerade hierbei handelt es sich aber um eine Strategie der rechtsextremen Gruppierungen, um öffentliche Räume ungehindert nutzen zu können. Eine wichtige Aufgabe sollte es also sein, „Angsträume“ wieder für die Öffentlichkeit nutzbar zu machen und sich rechtsextremistischen Aktivitäten zu stellen.

In nahezu jedem Sozialraum gibt es Gewerbetreibende, eine Verwaltung oder Nachbarschaft, die eine „Patenschaft“ über rechtsextremistisch „kontaminierte“ Räume und Flächen übernehmen kann. Diese Paten übernehmen die Schirmherrschaft und fungieren als Ansprechpartner im Problemfall. In Zusammenarbeit mit der Polizei und/oder überregionalen Beratungsteams sollte fachliche Kompetenz im Umgang mit rechten Aktivisten erworben werden. Hierdurch werden die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten gegen extremistische Erscheinungen in

den spezifischen Orten noch effizienter. Auch Kulturprojekte können bei der Demokratisierung und „Rückgewinnung“ von öffentlichen Räumen eine wichtige Rolle spielen. Weiterhin sollte der Immobilienerwerb durch Rechtsextremisten erschwert bzw. verhindert werden und zwar durch folgende Maßnahmen:

- Hausrecht durchsetzen (Hausverbote bei Befürchtung von Schäden),
- juristische Prüfung von Mietverhältnissen (Anfechten des Mietvertrages) und
- Mietvertragsklauseln (spezielle Klauseln, die extremistische Aktivitäten in Immobilien untersagen).

Gegen die Unterwanderung von einschlägigen Vereinen durch Rechtsextremisten (beispielsweise Kultur- oder Sportvereine) erwiesen sich folgende Maßnahmen als wirksam:

- Gespräche innerhalb des Vereins anregen (Grenzen aufzeigen, Konsequenzen ziehen),
- Unterstützung suchen (überregionale Projekte nutzen),
- Ausschluss durch Vereinssatzung (Aufnahmebedingungen anpassen) und
- verpflichtende Positionierung der Vereine gegen rechte Bestrebungen.

### **Kreative Gegenveranstaltungen**

Die rechtsextremistische Szene reagiert auf die herkömmliche Form des Widerstandes zu meist nicht mehr. Aus diesem Grund, so ergaben unsere Analysen, war es von Vorteil, wenn sich Bürger und Akteure kreativ mit einer Demonstration der Rechtsextremen auseinandersetzen. Je ausgefallener eine Gegendemonstration ausfiel, desto größer die Irritation bei den rechtsextremistischen Demonstranten (beispielsweise Demonstrationen mit lauten Maschinen stören, Demonstrationen mit Besen folgen und „aufräumen“...). Ein positiver Nebeneffekt dabei ist: Kreative Demonstrationskonzepte „locken“ eine größere Anzahl unentschiedener Bürger an und animieren diese zum Mitmachen.

### **„Networking“**

Einer der wichtigsten Faktoren im Kampf gegen rechtsextremistische Aktivitäten stellt die Bildung von Netzwerken dar.

Bei der Etablierung handlungsfähiger Netzwerke sind folgende Faktoren zu berücksichtigen:

- gemeinsames Vorgehen abstimmen und potenzielle Partner sondieren,
- Regeln der Zusammenarbeit aufstellen, um ein angenehmes demokratisches Arbeitsklima zu schaffen,
- realistische Ziele setzen und kleinere Projekte planen, um finanzielle Engpässe zu vermeiden,

- lokale Gegebenheiten nutzen sowie regionale und lokale Bedürfnisse berücksichtigen,
- Informationen bereitstellen (Sensibilisierungs- und Aktivierungsmaßnahmen für die unbeteiligte Bevölkerung),
- Weiterbildungsmaßnahmen durchführen, um einen qualifizierten Umgang mit Rechtsextremismus zu gewährleisten und
- Vernetzung und Erfahrungsaustausch mit anderen Netzwerken organisieren, um voneinander zu lernen.

### 3 Handlungsempfehlungen

Der Dreh- und Angelpunkt wirkungsorientierter Interventionen gegen extremistische Erscheinungen ist eine couragierte und wache Zivilgesellschaft. Präventions- wie Interventionsansätze sollten daher in erster Linie auf eine Stärkung der demokratischen Kultur ausgerichtet sein. Welche zentrale Rolle zivilgesellschaftliches Engagement im Kampf gegen Rechtsextremismus spielt, wurde in Brandenburg, aber auch in Deutschland erst spät erkannt. Ein Handlungsmodell, das dieses Defizit aufgreift und gleichsam den Versuch unternimmt, „Gute Praxis“ kommunalen Handelns gegen rechtsextremistische Erscheinungen abzubilden, findet sich auf der folgenden Seite.

Kommunale Interventionspraxis gegen rechtsextremistische Erscheinungen:  
Eine Handreichung für die Praxis

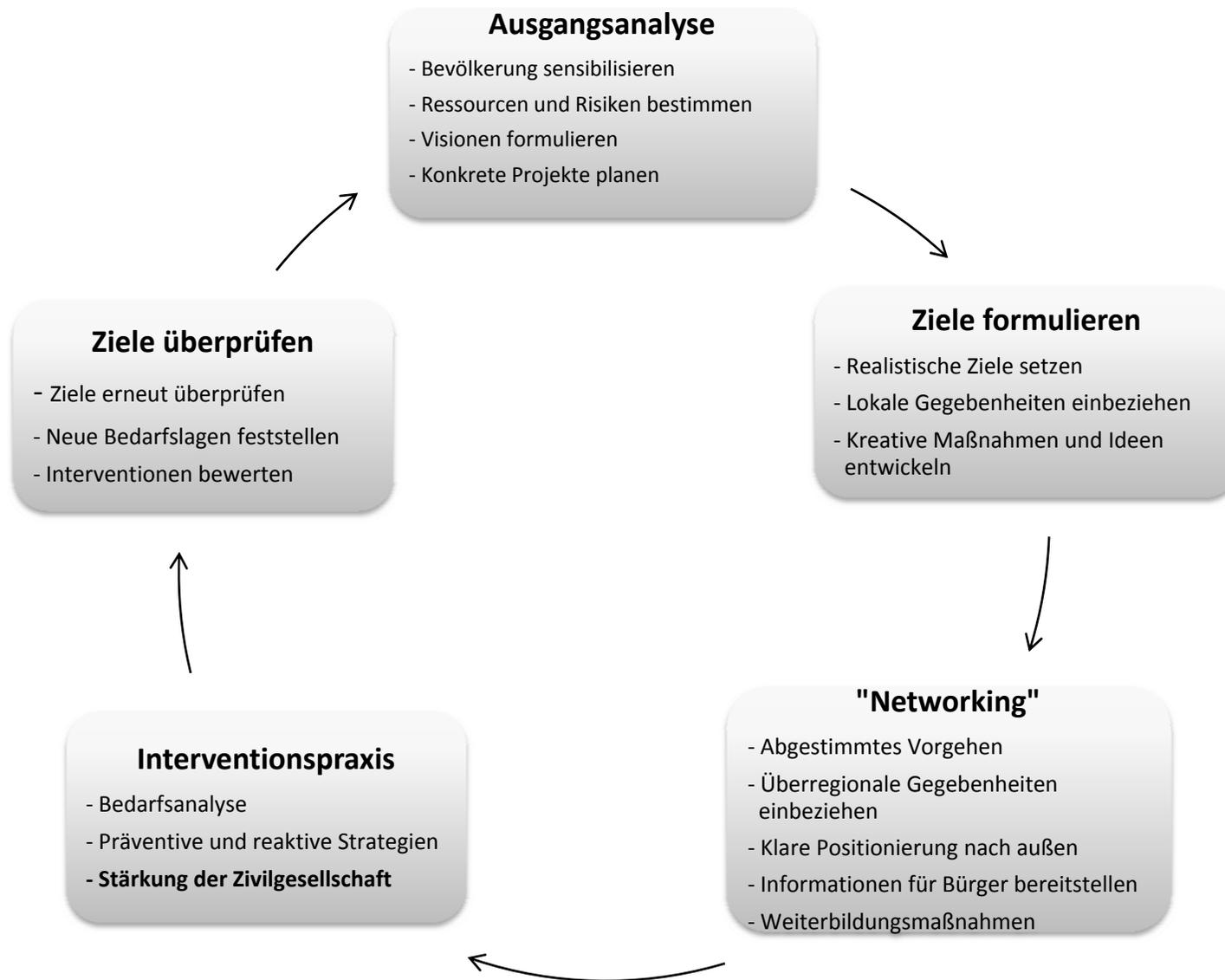


Abbildung: Modell „Good Practice des kommunalen Handelns gegen rechtsextremistische Erscheinungen“

## **Literatur**

- Akademie für Sozialpädagogik und Sozialarbeit e.V. und Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (2010). *Gemeinsam Handeln: Für Demokratie in unserem Gemeinwesen! Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Rechtsextremismus im ländlichen Raum*. Halle/Wittenberg: laser-line.
- Korgel, L. (2009). Zivilgesellschaftliche Gegenwehr stärken: Gemeinwesenentwicklung und (Re-) Demokratisierung des öffentlichen Raums. In D. Moltenhagen & L. Korgel (Hrsg.), *Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.